

Saale-Zeitung.

Schönburgvierziger Jahrgang.

Anzeigen
werden die gewöhnliche Kolonialzeitung
oder deren Raum mit 30 Pf., oder
aus Halle mit 20 Pf., berechnet und im
unseren Annoncenbüreau und allen
Annoncen-Expeditoren angenommen.
Kleinere die Zeit 75 Pf. für Halle,
andere 1 M.
Ercheint täglich pünktlich,
Sonntags und Feiertagen ausnahmslos.
Redaktion und Druck- & Verlags-
stelle: Halle, Gr. Brauhausstraße 17;
Verantwortlicher: Viertel 24.

Bezugspreis
für Halle einschließlich der postfreien
Zustellung 2.50 M., durch die Post
3.25 M., auswärts Zustellungsgebühr.
Bestellungen werden von allen Reichs-
postämtern angenommen.
Im amtlichen Zeitungs-Verzeichnis
unter „Saale-Zeitung“ eingetragen.
Für unvollständig eingehende Manuskripte
wird keine Gewähr übernommen.
Korrekturen nur mit dem Verleger,
„Saale-Verlag“, gefälligst.
Herausgeber der Redaktion Nr. 1140;
der Anzeigen-Redaktion Nr. 170; des
Abonnements-Verlegers Nr. 1133.

Nr. 18.

Halle a. S., Freitag, den 12. Januar.

1912.

Eine bewußte Irreführung

Ist es das Organ der Konservativen, die „Halle'sche Zeitung“. Sie bringt in ihrer gestrigen Abendnummer folgende ungeschwehrtige Notiz:

„Welchen tiefen Eindruck die Kandidatur des Herrn Bergrat Schrader im Wahlkreis gemacht hat, geht wohl am deutlichsten aus der Tatsache hervor, daß sogar der Hanfverband beehrt ist. Denn er erläßt in zwei hiesigen bürgerlichen Zeitungen einen Aufruf, in dem er sich darauf beschränkt, seine Mitglieder zu bitten, einen bürgerlichen Kandidaten zu wählen. Diese Stellungnahme ist höchst beachtenswert und zeigt, daß die Ortsgruppe Halle den Weg zur nationalen Wirtschaftspolitik, auf den Herr Bergrat Schrader immer so klar hingewiesen hat, jetzt für seine Haupttrichtlinie hält. Wir beglückwünschen unsere Mitbürger zu dieser schönen Tat der Selbstüberwindung in letzter Stunde. Denn das heißt nichts anderes als wählt Herrn Bergrat Schrader.“

Dazu erfahren wir:

Das betreffende Inserat wurde wie den übrigen hiesigen bürgerlichen Zeitungen auch der „Halle'schen Zeitung“ zur Veröffentlichung angeboten mit dem Ersuchen, im redaktionellen Teile darauf hinzuweisen, daß der Vorstand der Ortsgruppe des Hanfverbandes die

Unterstützung der Kandidatur des Herrn Pfautsch empfiehlt.

Die Redaktion der „Halle'schen Zeitung“ lehnte es aber ab, die redaktionelle Notiz zu veröffentlichen und erklärte, daß der Verlag das zur Veröffentlichung angebotene Inserat nicht annehme. Es war der Redaktion der „Saal. Zig.“ also die Unwahrheit dessen, was sie in ihrem Artikel behauptet, bekannt.

Die Konservativen müssen wohl selbst empfinden, wie lässlich es um ihre Sache steht, daß sie zu solchen verwerflichen Mitteln ihre Zuflucht nehmen.

Bürger heraus!

(Ein Wort in letzter Stunde.)

Mit diesen Worten wendet sich die hiesige Ortsgruppe des Hanfverbandes an die in Handel, Industrie und Gewerbe tätige Bürgerschaft. „Bürger heraus!“ Mit diesen Worten wenden auch wir uns an die Wähler in Halle und im Saalkreis! Als wir vor fünf Jahren zur Wahlurne schritten, wie anders war damals die Situation im Reiche. Fürst Bülow's scharfe Kampfsparole gegen das Zentrum und die mit ihm verbündeten Sozialdemokraten! — Heute kommandiert in mehr als 50 Wahlkreisen das Zentrum seine Wähler ins konservative Lager ab, und Bündler gehen (wie im Wahlkreis Konstantz), wo unser lieber Gärtnermeister Schmidt aus Siegen wieder kandidiert) ihre Stimmen gleich im ersten Wahlgang dem Kandidaten der Zentrumspartei!

Aber ein anderes Bild. Am 12. Januar soll der Hanfverband, der trotz seines 23-jährigen Bestehens schon eine der machtvollsten Organisationen in unserem Vaterland geworden ist, seine Feuerprobe bestehen; am 12. Januar wird der Deutsche Bauernbund zum ersten Male Truppenlosion abhalten über seine Anhänger, die der Herrschaft des Bundes der Landwirte und der in ihm die führende Rolle spielenden Großgrundbesitzer mißde, sich in erfüllter starker Zahl um das liberale Banner geschart haben. Waschhort die Werte hat ganz recht, wenn er kürzlich einem Hamburger Intenieur gegenüber gesagt hat, „die Zeiten sind endgültig vorüber, wo der Bauer der Meinung war, daß seine Interessen nur von den Rechtsstehenden vertreten würden und vertreten werden könnten. Die Gründung des Deutschen Bauernbundes und seine bisherigen großen Erfolge in den

verschiedensten Teilen unseres Reiches dürfte ein Wendepunkt in der politischen Geschichte unseres Vaterlandes sein.“ Am 12. Januar wird eine dritte neue politische Organisation zum ersten Male in den Wahlkampf ziehen: die Fortschrittliche Volkspartei, zu der sich ja auch unser Kandidat,

Herr Stadt. Pfautsch,

zurechnet.

Die Hoffnungen der Gegner des bürgerlichen Liberalismus, daß der Zusammenschluß der drei freisinnigen Parteien nicht von langer Dauer sein würde, hat sich erfreulichsweise nicht erfüllt; ja vielmehr, wie jeder vorurteilsfrei Denkende es bekämpfen wird, die neue Organisation hat in verhältnismäßig kurzer Zeit in allen Teilen des Reiches zahlreiche Parteigründungen vornehmen können, und auch da schon Erfolge bei Wahlen zu verzeichnen gehabt, wo bisher noch keine liberale Versammlung stattgefunden, geschwehe denn ein liberaler Verein bestanden hätte. Seine Verwertung wird auch am 12. Januar zu bestehen haben

das nationalliberal-volksparteiliche Wahlbündnis.

das sich zur Freude jedes liberalen Wählers, mag er mit seinen Anschauungen mehr dem gemäßigten Liberalismus zuneigen, oder auf Seiten der linksliberalen stehen, auf die überwiegende Mehrheit aller Wahlkreise erstreckt, so auch auf die ganze Provinz Sachsen. Es ist dem Führer der Nationalliberalen Partei in unserer Provinz, Herrn Landtagsabgeordneten Kutzigrat Dr. Reil, mit großem Danke anzuzurechnen und auch von seiner lautereren liberalen Gesinnung, daß er noch in einer der letzten Versammlungen, die von der Volkspartei im Saalkreis abgehalten wurden, das Siebeswerben der Konservativen, insbesondere des Herrn Prof. Dr. Euschland, zurückgewiesen und nochmals an seine politischen Freunde die dringende Bitte gerichtet hat, am 12. Januar Mann für Mann für den Kandidaten der Fortschrittlichen Volkspartei einzutreten und für dessen Kandidaten zu wirken, als wenn ein Kandidat aus ihnen eigenen Reihen zur Wahl stünde. Wir beglücken es auch freudig, daß in den übrigen Wahlkreisen unserer Provinz, mit Ausnahme des Wahlkreises Bitterfeld-Eilenburg, die liberalen Kandidaten, teils von nationalliberalen, teils von volksparteilichen Politikern unterstützt (wie im Nachbarwahlkreis Merseburg, wo am vergangenen Sonntag Herr Oberlehrer Dr. Wöhnenhaedt aus Halle in einer im Tiroler-Anseer von der Volkspartei einberufenen, von zahlreichen Wählern aus dem Mittelstande und der Arbeiterklasse beachteten Versammlung einen feurigen Appell an die Nationalliberalen gerichtet hat), einmütig beschloßen haben, für den Volksparteiler Koch einzutreten.

Der Ausfall der Wahl am 12. Januar ist von der allergrößten Bedeutung für die politische Lage, nicht nur im Deutschen Reich, sondern auch in Preußen. Hängt es doch von der neuen Parteienkonstellation ab, ob in dem größten deutschen Bundesstaat weiterhin auf Grund des Dreiklassenwahlrechts gewählt werden soll, das den Mittelstand in Stadt und Land bei der Ausübung des Wahlrechts aus schwerer trifft, oder ob ein neues, volkstümliches Wahlrecht eingeführt werden soll. Darum rufen wir: Bürger heraus!

Wenn die Sozialdemokratie im vorstehenden Reichstag mit mehr als 80 Mandaten vertreten war, so verdankt sie das nicht so sehr der großen Menge ihrer Wähler, sondern ganz besonders der geringen Teilnahme der bürgerlichen Wähler an der Wahl. Die zahlreichen Wahlsieger verdankt sie also in erster Linie der Rauberei der bürgerlichen Wähler, oder, um im Jargon des „Volkshautes“ zu sprechen: den kapitalistischen Klassen! Darum muß diesmal die Parole sein: Bürger heraus! Kein einziger Wähler verläumet es, heute sein Wahlrecht auszuüben. Wahlrecht ist Wahlpflicht, Wahlenthaltung ist Wahlbegünstigung der Kandidatur Kruner. Von der Partei der Nichtwähler hängt, wie in allen großstädtischen Wahlkreisen, so auch in Halle, der Ausfall der Wahl zugunsten des bürgerlichen Kandidaten ab! Darum legen wir jedem die Worte des Herrn Geheimrats Prof. Dr. Riesser warm ans Herz: Bürger heraus! Seit dem Zusammenbruch der weitwährenden Bülow'schen Wählerpolitik hat eine außerordentliche Erörterung in den weitesten Schichten des Volkes Platz gegriffen, die noch durch den unglücklichen Abbruch der Reichsfinanzreform und die Ablehnung der Wahlrechtsvorlage im Preussischen Landtag gewachsen ist. Nichts aber wäre falscher und törichter, als daß der Wähler am 12. Januar seinem Unmut durch Abgeben eines sozialdemokratischen Wahlzettels Ausdruck gäbe, oder, was dem gleichkommt, sich der Wahl enthalte. Der Sozialdemokratie darf keine Stimme von euch unzufriedenen Wählern zufließen, einer Partei, die dieser Tage Friedrich Naumann in einem westdeutschen Blatt als eine Partei charakterisiert hat, bei der alles in kleiner Kritik und großer Agitation zerfällt. Wähler dieses Wahlkreises, wenn ihr euren physischen und politischen Wohl zu verzeichnen Unmut Ausdruck geben wollt,

so tut dies, indem ihr am 12. Januar eure Stimme bis auf den letzten Mann dem Kandidaten der Volkspartei, Herrn Kandidatenbesitzer Pfautsch gebt, das ist die beste Antwort!

Die beste Antwort,

weil ihr dadurch mit dazu beiträgt, daß eine starke liberale Mehrheit aus den Wahlen hervorgehen kann, die die Finanzreformpolitik ablehnt und Gewähr bietet, daß eine fortschrittliche Politik nunmehr im Reichstag getrieben werden kann! Wer also mit unserer jetzigen politischen Lage nicht zufrieden ist — und wer sollte das nicht sein! — der muß am Freitag dieser Woche an der in seinem Wahlbezirk gelegenen Wahlstelle dem Kandidaten Pfautsch seine Stimme geben und nicht einem anderen Mandatsbewerber! Darum sei die Parole: Bürger heraus! Denn wie liegen die Verhältnisse in unserem Vaterlande?

Das Deutsche Reich, hat unlängst jemand sehr treffend gesagt, ist das Land der „Blöde“, des großen und des kleinen Bloods, des Bloods für wirtschaftliche Fragen, des Bloods für Kultur, Heer, Kolonial- und Marinefragen, der Abwehrmehrheit und dergleichen mehr. Es begehrt darum der Wähler, der heute seine Stimme einem sozialistischen Reichstagskandidaten gibt, einen großen logischen und politischen Fehler, da heute trotz der gegenwärtigen Lage die Sozialdemokratie keine Mehrheitspartei für sich werden kann. Ueber 120 Mandate, wie die kühnsten und hoffnungsfreudigsten Sozialdemokratischen Führer und mit ihnen die Schwarzleher aus dem bürgerlichen Lager denken, wird die äußerste Linke nicht hinauskommen, an der absoluten Mehrheit würden ihr also noch einige 70 Sitze fehlen. Wie also auch die Wahlen ausfallen mögen, die Sozialdemokratie wird auf keinen Fall in die Lage kommen, eine Mehrheit für sich allein zu bilden, sondern der neue Reichstag wird Mehrheitsbildungen der verschiedensten Art ergeben. Eine Mehrheit, die sich aus der gestammelten Rechten und dem Zentrum mit benachbarten Herkommen zusammensetzt, dürfte allerdings, wenn nicht alle Zeichen trügen, nicht wiederkehren! Darum ist es auch, wie wir schon ausführlich, vollkommen falsch und zweckwidrig gehandelt, wenn sozialdemokratische Wahlführer von den unzufriedenen Wählern am 12. Januar in die Wahlurne gemorren werden. Darum, weder Wahlenthaltung noch Stimmabgabe für den Sozialdemokraten, der auch die Unterfertigung der Parteigruppe findet, von der der bekannte Politiker Herr Professor Schömann in einer Düsselbacher Verammlung der liberalen Vereinigung jüngst gesagt hat, ihre Sprechwelt würde im umgekehrten Verhältnis zu ihrer Bedeutung, in der sich die Leute sammeln, die nicht die Fähigkeit hätten, in Reich und Glied zu marschieren und sich einzuordnen unter große Gesichtspunkte politischer Parteien, und die schließlich gar nicht den Willen hätten, eine Partei zu bedeuten! Darum, ihr Wähler in Stadt und Land, tretet einmütig für den liberalen Kandidaten ein, dessen Partei die Gewähr dafür bietet, daß eine volkstümliche Politik von ihr jederzeit vertreten wird. Laßt euch nicht irremachen durch den Wortschwall sozialdemokratischer Führer und ihrer Parteipresse!

Die Sozialdemokratie

Ist die letzte Partei, die die bestehenden Mißverhältnisse im politischen Leben beseitigen kann! Auf zur Wahl für Pfautsch! Großes steht heute auf dem Spiele! Es handelt sich darum, ob auch im neuen Reichstag eine Partei die ausschlaggebende Rolle spielen soll, der die politischen Richtlinien von einem nichtdeutschen Richtigen vorgezeichnet sind, eine Partei, deren Anschauungen vornehmlich in Schul- und Uninterstützungen noch mittelalterlichen Geist vertreten. Katholische Wähler unseres Reiches, ihr tut dem Vaterlande den größten Dienst, wenn ihr der Zentrumsorganisation den Rücken kehrt und euch den Parteien anschließt, zu denen ihr mit eurem ganzen Fühlen und Denken gehört, denn solange ihr noch der Zentrumspartei angehört und deren Organisation stärkt, kann es nicht, wie im vorigen Jahr; Herr Dr. Cserling im Reichstag treffend ausgeführt hat, zu einer Mehrheitsbildung nach der rechten oder linken Seite kommen — ein Umstand, an dem unter ganzem politischen Leben seit Jahren krank! Wer für die Aufwärtsbewegung aller Bevölkerungsschichten Deutschlands ein warmes Herz hat, dessen Gedanken sich nicht in den Straßen einer nationalen Wählerchaft, von nationalen Kandidaten und nationalen Wahlen bewegt, sondern wenn es Ernst damit ist, daß unser Volk eine seiner geistigen Bedeutung zukommende Volksvertretung erhält, der kann heute seine Stimme nur Herrn Pfautsch geben!

Der neue Reichstag hat wichtige Aufgaben auf den verschiedensten Gebieten zu erfüllen, die Schaffung einer großen Mehrheit von Baermann ist Raumann ist nötiger, als sie je bei einer Reichstagswahl war. Gift es doch, noch

Es ist Ehrenpflicht jedes national gesinnten Mannes heute an der Wahlurne zu erscheinen!

alle die Volksschichten, die bisher noch nicht mit den „alt-geengenen“ in Reich und Glied marschierten, in das große Ganze eingegliedert.

Der Jungtrieb, hat der Volkspartei, württembergischer Kammerpräsident Abg. von Weyer einmal recht treffend im Reichstag gesagt, gibt es im deutschen Vaterland noch viele. Göt darum, Bürger von Halle und dem Saalkreis, eure Stimme heute dem Kandidaten der Partei, die wir der Gesamtliberalismus die Auffassung mit Entschiedenheit vertritt: der moderne Staat hat Platz und Raum für jeden, aber, wie Prof. Kade hier einmal gesagt hat:

Was sind alle gleichberechtigt!

Die Auffassung der konservativen Parteien von Bürgern 1. und 2. Klasse paßt nicht mehr in unsere Zeit. Wir begrüßen es deshalb auch mit großer Freude, daß es den beiden großen liberalen Parteien gelungen ist, für die Übernahme von Reichsorganisationsmandat Vertreter aus allen Volksschichten zu gewinnen. Wir begrüßen es, daß es unter der Leitung des Finanzministers mit seinem Programm, das, von echt vaterländischen und von großen Gesichtspunkten erfüllten Geist befeuert, gelungen ist, mehr als 200 Vertreter aus Kreisen von Handel, Gewerbe und Industrie aufzustellen, darunter in vielen sehr auswärtigen Kreisen! Wir begrüßen es aber auch, daß es den liberalen Parteien gelungen ist, Arbeitervertreter und Arbeiter zur Übernahme von Mandatmandaten zu bewegen: in Gießen den von uns eifrig unterstützten Arbeitersekretär Erkelenz, in Göttingen den Schlosser Jelder, für dessen Wahl sich Udo v. Siedow, Professor Boussier mit großer Eifer bemüht hat, und wie sie alle heißen. Wir begrüßen es auch, daß vier äußerst rühmliche Vorkämpfer für die Befreiung der sozialen Lage der Staatsarbeiter kandidieren: die liberalen Volkstüter Schmiedach, Bed-Helberich, Landesrat Dr. Schröder-Kassel, der wahrheitsliebende Freund des Handwerkes, und vor allen Dingen Herr Abgeordneter Debus-Halle.

Der 12. Januar ist ein Tag von der größten Bedeutung, fällt doch an ihm die Entscheidung darüber, welche Parteien die Mehrheit auf fünf Jahre bilden werden, ob eine vorkommliche, Politik getrieben werden soll, oder eine, die Zentrumsgeist atmet, oder eine, die unter dem Einfluß einer reinen sozialdemokratischen Fraktion steht und uns wieder den Zeiten entgegenführt, von denen Kurt Hillen das Deutsche Reich dauernd befreien wollte. Für die Wahl eines liberalen Kandidaten, der fest auf dem Boden des bestehenden Staates steht, dessen Partei keine reaktionären, engstirnigen, aber auch keine utopischen, reaktionären Ideen vertritt, die der schärfste Gegner jeder Klassenpolitik ist, ist im Interesse einer vorkommlichen, fortschrittlichen Politik zu begrüßen.

Darum

Bürger heraus!

Auf die Schranken für den Kandidaten der fortschrittlichen Volkspartei Pfau! Keine Stimme dem Sozialdemokraten, dessen Wahl auch keinen Vorteil bringt. Gegen eine Politik der Wägen und gegen eine engherzige, klassenkämpferische Politik, wie sie die Sozialdemokratie, die reaktionäre wie die radikale Richtung treibt, für eine gesunde, fortschrittliche, den Forderungen der Jetztzeit Rechnung tragende, allen Schichten der Bevölkerung zugute kommende Politik!

Bürger heraus für Pfau!

Die französische Ministerkrise.

Aus Paris wird gemeldet: Die Mittwoch- und später Abendstunde eingetretene Ministerkrise hat in Paris im Grunde niemand sonderlich überrascht. Seit langem waren die Tage von Caillaux gefährlich. Dennoch wird sehr heftig Kritik an dem ganzen Akt und Weise geübt, wie die Verhandlungen mit Deutschland durch das Ministerium geführt worden sind, und die unabhängigen Blätter stellen voller Entrüstung fest, welche tiefgehende Zwispalt im Herzen des Ministeriums schon von ersten Tage seines Bestehens an existierte. Naturgemäß teilt sich die Presse wieder in Blätter, die die Partei von Caillaux unterstützen, und in solche, die für de Seveles eintreten. In eben dieser Hinsicht wird de Seveles beurteilt. Der dem zurückgetretenen Ministerpräsidenten ergebene „Radical“ nennt das Auftreten de Seveles eine schlechte Handlung, durch die die Krise herbeigeführt worden sei, und dies unter dem wohlwollenden Blick des Auslandes. Der unparteiische „Excelsior“ macht mit Recht auf die Rolle aufmerksam, die Clemenceau hinter den Kulissen gespielt hat.

Er war es, der durch seinen Frontangriff auf Herrn de Seveles oder vielmehr auf Herrn Caillaux — denn auf wen er es eigentlich abgesehen hatte, ist auch jetzt noch nicht ganz klar — die Krise herbeigeführt hat. Er war vielmehr an der Ablehnung eines oder des anderen der von Herrn Caillaux zur Übernahme des Marineportefeuilles eingelangten Kandidaten nicht ganz unbeteiligt, und seine Freunde wissen, daß er seit seiner Rückkehr aus Argentinien immer mit der Möglichkeit gerechnet hat, wieder zur Rettung der Geschäfte berufen zu werden.

Die Neubildung des Ministeriums.

Die ersten Bewerber, die in erster Reihe in Betracht kommen, sind Herr Delcassé, Herr Alcide Briand und Herr Raymond Poincaré. Für Herrn Poincaré ist die parlamentarische Lage noch nicht reif. Er ist der heutigen radikalsozialistischen Kammermehrheit zu geneigt. Herr Briand hat gute Gründe, die nicht sehr zur Gewalt noch nicht zu wünschen. Er steht ohne Zweifel vor, die Durchführung der Wahlfreie abzuwarten. Bleibt also Herr Delcassé, der in der Tat die meisten Aussichten zu haben scheint.

Donnerstag in der Mittagsstunde vereinigen sich die Mitglieder des Kabinetts zur Abschlusssitzung, vor deren Beginn der Kriegsminister Meijer eine unaussprechbar angenehme wegen noch eine besondere Unterredung mit Herrn Caillaux hatte. Der jetzt unter den möglichen Ministerpräsidenten genannte Meijer wurde zunächst zur Berichterstattung ins Einseil geladen. Die von Caillaux präsierte Kabinettsitzung war in der Hauptsache der Feststellung des Textes für das gemeinsame Dekretionsgesetz gewidmet. Der Präsident der Republik erklärt in diesem Schreiben zunächst die Verlesung der fortwährenden Ergebenheit der scheidenden Minister. Allen Mitgliedern des Kabinetts Caillaux, so wird weiter ausgedrückt, liegt das Interesse Frankreichs so sehr am Herzen, daß sie nicht zürndend auf die Entschuldigungen des Parlamentes einwirken möchten. Nach der bevorstehenden Unterredung Caillaux mit Fallières wird letzterer dem Kammerpräsidenten Brisson empfangen.

S Paris, 11. Jan. Man glaubt, daß Präsident Fallières die heute stattfindende Wahl des Präsidenten des Senats abwarten müsse, bevor er in Besprechungen über die Neubildung des Kabinetts eintreten kann und nicht vor Freitag über die Wahl des neuen Ministerpräsidenten eine Entscheidung fassen werde.

Beschlimmen des Auslandes.

Rom, 11. Jan. In der italienischen Presse werden noch wenig Aushörungen über französische Ministerkrise laut. Der „Messaggero“ befragt besonders die Frage des Wiedertritts Delcassés in das Ministerium des Außen in einem neuen Kabinet. Er verneint mit Genugtuung, daß der Name Delcassés heute in Deutschland nicht mehr die Befürchtung erwecke wie in früheren Jahren und sagt: „Das ist ein deutliches Zeichen dafür, daß wir in diesen und Zeiten sich gegenüber haben und daß auch Leute von dem Temperament und der Betragenheit Delcassés andere geworden sind.“

Die heutigen Londoner Morgenblätter besprechen den Sturz des französischen Kabinetts zum Teil mit Rücksicht auf die Marokkofrage. „Daily Chronicle“ schreibt: Obwohl die neuen Entschuldigungen die Entsendung des „Panther“ nach Agadir nicht rechtfertigen, zeigen sie, daß Deutschland Grund zur Entrüstung hatte. „Daily Telegraph“ sagt: Die Interessen Englands waren mit den Marokkoabhandlungen des Sommers so eng verknüpft, daß die öffentliche Meinung die Überzeugung über das neue Licht nicht verstehen kann, das auf die Folge der Ereignisse fällt, die zur Entsendung des „Panther“ nach Agadir führten. Die Entschuldigungen Jules Roches zeigen, daß die Aktion der deutschen Regierung kein plötzlicher unerklärlicher Witz aus heiterem Himmel war, worin sie in England gehalten wurde, sondern eine zornige Reaktion auf ein Ereignis, das als aberwitzige Kompositionation für angesehen waren. Englands treues Verhalten an der Entente ist einmündig bewiesen, aber es ist jetzt klar, daß die Krisis des Sommers tatsächlich durch ein inangeführt und nicht durch ein politisches Arrangement hervorgerufen wurde, an welchem England nicht interessiert war.

Deutsches Reich.

Ausscheidende Reichstagsmitglieder.

Nicht weniger als 108 Abgeordnete haben diesmal darauf verzichtet, wieder zu kandidieren. Es sind: 18 Konnerntine, 7 Reichsparteiler, 30 Anhänger des Zentrums, 17 Nationalliberale, 17 Freikämmerer, 8 Polen, 3 Sozialdemokraten, 4 Mitglieder der Wirtschaftlichen Vereinigung und 7 Fraktionslose. Nach den Parteien geordnet sind es die folgenden Abgeordneten:

- Konservative: v. Elen, Dräger, Feldmann, Graf Kind v. Kintenberg, Giller, Fritz Hohentlohe-Derling, von Krenk, Paul-Potsdam, Bernold, v. Saldern, Frhr. v. Steinäcker, Schirer, v. Staudt, v. Treuenfels, v. Kauter, v. Münster, Wildens.
- Reichspartei: v. Dirksen, Rüst v. Hoffstedt, Erbsprin v. Hohenlohe, Böcher, Paul-Eberswalde, Scherer, Schlichter.
- Zentrum: Herzog v. Arenberg, Beck (Wisch), Ritter, Euler, Frhgn-Mars, Frhgn-Kempen, Heisler, Frhr. v. Freyberg, Gleitsman, Haug, Heim, Holzappel, Hinterrinken, Hommer, Hon, Krebs, Behmeit, Ralch, Hof, Oppenacker, Richter, Orlowski, Frhr. v. Wetten, v. Strombeck, Spahn jun., Sturm, Spindler, Schneider, Bedersdörfer, Witt, Frhr. v. Wilschütz.
- Nationalliberale: v. Böttcher, Behr, Frhmanner, Finkel, Haas, Haas, Wefel, Müller-Rudolfsdorf, Ortel, Siens, Trautmann, Neri, Weber, Begele, Wilde, Wommelsdorff, Wüst.
- Freisinnige: Graf v. Bismarck, Radeberg, Camrrens, Cune, Dobrn, Enders, Hoffmeister, Leonhart, Kominen, Pflundner, Potthoff, Stengel, Storz, Spethmann, Schröder, Rauner (Pruenerhof) Wieland.
- Polen: Brejlich, v. Dziembowski, v. Janta-Polcanski, Wapieralski, Kulczski, v. Trzajanski, Korcianty, Waiba.
- Sozialdemokraten: Bömelburg, Eichhorn, Jaber.
- Wirtschaftliche Vereinigung: v. Damm, Gabel, Hanisch, Stauffer.
- Fraktionslose: Arnold, Grönroth, Lehmann (Sena), Labrosse, Kreis, de Wendel, Wittberger.

Das Schiffsabgabengeh.

Aus Dresden wird gemeldet: Das preukliche Ministerium des Innern hat zur Frage des Geheltes über die Schiffsabgaben eine Denkschrift ausgearbeitet, die dem Auswärtigen Amt ausgeschrieben wurde und diesem zur Unterlage für seine Verhandlungen mit den ausländischen Staaten, Dänemark und Holland dienen soll. Ueber das Ergebnis dieser Verhandlungen wird demnächst berichtet. Ueber das den sehr am pliziert sind, demnächst man das strenge Stillschweigen; doch wird die Angelegenheit dem Auswärtigen Amt so sehr als möglich beschleunigt.

Wie es heißt, wird in absehbarer Zeit in Berlin eine gemeinsame Konferenz von Vertretern der deutschen, österreichischen und niederländischen Regierung zur Schiffabgabenfrage tagen.

Die Wohnungsfürsorge der Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung

für ihre Unterbeamten, die in rändiger Ausdehnung begriffen ist, hat bisher im ganzen annähernd 9 200 000 Mk. erfordert. Von diesen Mitteln wurden insgesamt 8 000 000 Mk. zum Ankauf von Wohnhäusern und 1 14 000 Mk. für Mieten in Wohnhäusern aufgewendet. In mehr als 800 Orten wurden 653 Häuser mit 1781 Familienwohnungen und 179 Zimmern für Unterbeamtete angekauft, sowie 245 Häuser mit 608 Familienwohnungen und 79 Zimmern für Unverheiratete gemietet. Die Häuser, meist in den besten Bezirken gelegen, entsprechen in Größe und Einrichtung den Anforderungen, die man an gesunde Unterbeamtenwohnungen stellt. Zu jeder Wohnung in Landorten gehört ein Stück Ackerland. Dem etatsmäßig angestellten verheirateten Personal werden die Wohnungen fast durchweg als Dienstwohnungen überwiesen, in den übrigen Fällen haben die Wohnungsinhaber einen den örtlichen Verhältnissen entsprechende Miete zu zahlen. Von dem Aufwands in eigenen Erbkäufen, und Gemieteten in Wohnhäusern am Satz und Bad Raubstein haben bisher 983 Personen Gebrauch gemacht. Die Heime wurden 1907 begm. 1908 eingerichtet.

Ferner beziehen Erhaltungshome von Unterbeamtenvereinen der Oberpostdirektionsbezirke Berlin, Breslau und Dresden in Templin, Zoben und Hagenstein. Diese Heime haben von der Verwaltung an unersparlichen Beiständen insgesamt 155 000 Mk. erhalten, die nach 30 Jahren in das Eigentum der Vereine übergehen.

Dem „Reichboten“ zufolge wird beabsichtigt, unseren neuen Kolonialbesitz im amtlichen Auftrag nach Bemittlung der Mittel durch den neuen Reichstag halb mitschafflich zu untersuchen und aufzunehmen zu lassen.

Die diesjährige Vorkonferenz und Hauptversammlung der Deutschen Kolonialgesellschaft werden in den Tagen vom 3. bis 7. Juni 1912 in Hamburg abgehalten werden.

Not- und Personalnachrichten.

Der Ober-Regimentalmediziner Graf H. zu Eulenburg hat die Anträge für die am 18. Januar im Ritterhofe des königlichen Schloßes stattfindende Desfilier-Cour für alle Herren vom Militär ergeben lassen.

* Aus Götting wird gemeldet: Die Herzogliche Familie feierte zum Weihnachtsfest bei den Eltern der Herzogin in Glüchburg hierher zurück.

Kaiser Wilhelms Korfu-Fahrt.

* Wie wir hören, ist es wahrscheinlich anzunehmen, daß Kaiser Wilhelm zur Übersicht auf seiner Besichtigung Wästel auf Korfu weilen wird. Dagegen heißt zurzeit noch nichts Näheres darüber fest, welchen Weg der Monarch für die Hin- und Rückreise nach und von Korfu zu wählen gedenkt. Demgemäß erheben sich zunächst die aufgetauchten Meldungen von einer bestimmten Reiseoute des Herrschers und beachtlichen Begegnungen.

Bischof gegen Erzherzogin.

Die äußerst scharfe Rede, die der Bischof von Stuhlweißenburg, Dr. Ottomar Prohaska, gegen die Erzherzogin Augusta, die Gemahlin des Erzherzogs Josef, in einer Predigt von der Kanzel herab hielt, ist hier das Tagesgespräch der Hofgesellschaft. Die Erzherzogin ist bayerische Prinzessin, sie ist die Tochter des Prinzen Leopold und der Prinzessin Elisabeth von Bayern. Es ist eine Spezialität des ungarischen Hofes, gegen die Frauenmoden zu kämpfen. Vor allem sind es die Damen des ungarischen Hofes, die er angreift. Besonders hat er es auf die Erzherzogin Augusta abgesehen, die er in Modedebats für tonangebend hält.

Die engen Röhre, die großen Federhüte sind ihm ein Dorn im Auge. Dieser Frauengemerkung „nug“ diene nur der Verführungsakt. Schon im vorigen Jahre hat der Bischof in Predigten und in Rundschreiben an die Geistlichen seiner Diözese dagegen geäußert und sie aufgefordert, mit allen kirchlichen Mitteln gegen den Anlauf einzufreten. Obgleich er damals schon in den Kreisen des Hofes mit seinen Predigten und Verfügungen den größten Unwillen erregt hatte, nahm er sich jetzt wieder die Erzherzogin Augusta als Ziel seiner Angriffe. Er machte ihr offen den Vorwurf, daß sie

nicht das gewünschte Vorbild für die Frauen Ungarns wäre, was Einfachheit und Bescheidenheit in der Kleidung betrifft. Nach einem telegraphischen Bericht jagte er in seiner Predigt, die Wohlthatigkeitsabende der Erzherzogin zum Anlaß nehmend, folgendes: „Es ist komisch, wenn logische Arbeit als Mode betrachtet wird. Bei logischer Arbeit tut Ernst und gehobenes Wesen not, nicht aber Modetendenzen. Die Erzherzogin, die sich in Spitalerregende bunte, bunste nicht daran denken, daß möglichste große Pracht in ihren Kleiden, in ihren Straußengarnen ihren Hut zieren, sondern sie mußte sich in einem Wästel hinstellen, denn das wäre der Art und Arbeit und der Art des Hofes entsprechend gemessen.“ Aus dem der Prinzessin Leopold nachstehenden Kreisen wird dazu mitgeteilt, daß man dort empört über den Vorfall ist. Die Erzherzogin habe sich nur ihrer Stellung entsprechend gekleidet, ohne alle Extravaganzen. Die Erzherzogin hat ihren Eltern noch nicht persönlich über den Vorfall berichtet. Wie schon erwähnt, sind die Frauen stets die Zielobjekte des Bischofs, dessen Werte auf den Index gesetzt wurden, später aber, nachdem er sich unterworfen hatte, wieder freigegeben worden sind. In den Kreisen des ungarischen Hofes soll nun eine Motion im Werke sein, den Ungarn und die Mode beherrschenden Bischof einen anderen Ort seines Wirkens anzuweisen zu lassen.

Reichstagskandidat der Fortschrittler und Nationalliberalen für Halle-Saalkr. ist Stadtv. Pfautsch.

Ausland.

Das China-Problem.

Rußland versucht zu leugnen.

Die ergrüntesten Forderungen, die Rußland an den wankenden chinesischen Kaiserthron gestellt hatte, riefen, wie wir schon berichteten, in London den größten Unwillen hervor, und Rußland versucht es nun, jeden Anspruch glatt abzuleugnen. Die „Petersburger Telegraphen-Agentur“ veröffentlicht folgende Erklärung: Die Gerüchte, Rußland habe an China Forderungen bezüglich der Mongolei gestellt und bereite ihre Befolgung vor, sind völlig aus der Luft gegriffen. Eine Forderung hat Rußland aber trotz aller Demonstrationen doch an China in einer Mongolei-Angelegenheit gestellt. Das „Neuerliche Bureau“ meldet aus Peking: Rußland verlangt bezüglich der Mongolei die Zustimmung, daß die mongolischen Angelegenheiten, die kürzlich Petersburg beunruhigt haben, nicht bestritten werden. Der russische Gesandte in Peking hat die chinesische Regierung davon in Kenntnis gesetzt, daß er auf die russische Note eine s a d i g e Antwort erwarte.

Rußlands wahre Absichten sind aber aus den weiteren Ausführungen der „Petersburger Telegraphen-Agentur“ zu entnehmen, die da belagen.

Rußland wünscht nicht, sich in die chinesischen Ereignisse einzumischen und hegt keine aggressiven Absichten in der Mongolei, es kann aber nicht umhin, sich für die Herstellung einer festen Ordnung in der Sibirie benachbarten Mongolei zu interessieren, wo der russische Handel bedeutende Interessen hat. Ein Kampf mit den Russen zwischen Mongolen und Chinesen ist für Rußland nicht wünschenswert. Die russische Regierung wurde in erster Linie von der Erwägung geleitet, daß durch einen solchen Kampf die russischen Interessen unermesslich gefährdet werden würden, als sie sich bereit erklärte, die schwere Aufgabe der Vermittlung zwischen den Chinesen und den ihnen feindselig gesinnten Mongolen zu übernehmen. Andererseits erlauben es die Interessen der russischen Regierung nicht, die in der Mongolei tatsächlich gebildete Regierung zu ignorieren. Wenn die Mongolei die Bande mit China zerreißen, so wird die russische Regierung trotz aller Wünsche, den Zwist zwischen China und der Mongolei beendet zu sehen, durch die Macht der Verhältnisse genötigt sein, mit der Mongolei in geschäftliche Beziehungen zu treten.

Das Klingt zwar schön, aber es ist doch eine tolle Sache, daß Rußland die „unabhängige“ Mongolei in seinen Schutzmitteln. In London hat man dies sofort begriffen, und

England tut gegen Rußland

durch das eben wiedererlebene Dementi nur noch mehr verstimmt. Man fragt sich, hat Rußland die Note absichtlich oder nicht, in der es die Unabhängigkeit der Mongolei von China erklärt? Hatte Rußland bei dieser Annuntiation die mongolischen Fürsten auf seiner Seite oder nicht? Ist überhaupt etwas geschehen? Rußland läßt fernerlich erklären, daß eine Ueberzeugung einer Note nicht statgefunden hat. Wie kommt dann aber das chinesische Auswärtige Amt dazu, irgend etwas über russische Absichten in der Mongolei zu veröffentlichen? Rußland weiß es. Der Tientsin-Berichterstatter der Erbköniglichen Telegraph Compagny meldet nämlich, daß in Tientsin arge Erregung herrsche, nachdem das Auswärtige Amt die Anfründigung von russischen Absichten auf die Mongolei veröffentlicht hat. Viele amtliche Anfründigungen laßt darauf hinweisen, daß Rußland die Absicht ausgesprochen wird, die chinesischen Revolutionäre zu unterstützen, vorausgesetzt, daß die äußere Mongolei von China unabhängig gemacht und den chinesischen Auswanderern der Zutritt verboten werde. Von der russischen Gesandtschaft in Tientsin wird das aber geleugnet.

Die deutsch-feindliche Bewegung

hat inzwischen in China noch immer nicht aufgehört. Da vielmehr die Revolutionäre in Hankau und Peking ihre Nationalität gegen die Deutschen wegen angeblicher Unterdrückung der kaiserlichen Regierung forderte, forderte der deutsche Gesandte in Peking sie energisch auf, diese Gerüchte zu beseitigen. Der chinesische Kriegeminister ließ durch den Minister des Aeußeren der republikanischen Regierung mitteilen, daß vor Beginn der Revolution in Deutschland bedeutende Befreiungen an Gewehren wie Kriegsmunition bestellt worden wären. Ferner rief der Kriegeminister, den Konfett der deutschen Firmen einzustellen, andernfalls seien unliebsame Kompensationen zu erwarten.

Bulgarische Bombenwerfer.

Aus Wien wird gemeldet:

Wie die „Neue Freie Presse aus Pest“ berichtet, warf eine starke bulgarische Bande drei Bomben in eine Versammlung der Einwohner von Siflowa, während sie eine Konstitutionsgebung für die Türkei veranstaltete. 13 Personen wurden getötet, 22 verwundet; sechs der Täter wurden verhaftet.

Die englischen Gewerkschaftskämpfe.

Aus London wird gemeldet, daß die ausständigen Wollkämmer von Bradford beschloßen haben, zu den Bedingungen der Arbeitgeber die Arbeit heute wieder aufzunehmen. — Das Unterhausmitglied Gnoch Edwards, Präsident des Bergarbeiterverbandes von Großbritannien, erklärte in einem Interview, er persönlich hoffe, daß ein Streik vermieden werden könne. Edwards sagte ferner, es bestehe keine Vereinbarung, nach der auch in Deutschland ein Kohlenarbeiterstreik zunächst mit dem

englischen beginnen werde. Die Frage habe dem internationalen Komitee bisher nicht vorgelegen.

Spion Schuchmann Gauß verhaftet.

□ London, 11. Jan. Der wegen schwerer Spionage verurteilte Spion Schuchmann Gauß, der aus dem Gefängnis in Wilhelmshaven entflohen war, ist hier verhaftet worden. Die Verhaftung erfolgte auf einen Auslieferungsantrag der deutschen Behörden.

Gauß hatte sich, nachdem er aus dem Gefängnis in Wilhelmshaven geflohen war, zuerst nach Frankreich gewandt und dort mehrere Wochen aufgehalten. Von Paris ging er nach London und hat dort einige Tage unter falschem Namen gelebt. Das Auslieferungsbüro, das die deutschen Justizbehörden an die englischen auf Auslieferung des Gauß richteten, lautet auf Einbruchdiebstahl und Unterschlagung. Es ist höchstwahrscheinlich, daß die Auslieferung auf dieser Grundlage erfolgen wird. Dadurch ist allerdings Gauß davor geschützt, daß er in Deutschland wegen Spionage vor Gericht zur Verantwortung gezogen werden kann, und es ist deshalb bedauerlich, daß Gauß, der früher auch Telegraphist bei der Marine gewesen ist, in der großen Wilhelmshavener Spionageaffäre, die in den letzten Monaten von der Staatspolizei aufgedeckt wurde, wenn nicht die, so doch eine sehr hervorragende Rolle gespielt hat. Zwar er keine Pläne aus Wilhelmshaven herbeiführen konnte, trotzdem man sich über die Geschäftlichkeit gerade dieses Spions nicht im unklaren war, das ist, wie die „B. Z. M.“ hört, noch Gegenstand der amtlichen Untersuchung, die vielleicht noch ein sehr überraschendes Ergebnis haben wird.

Im Dezember 1911 wurde in Wilhelmshaven ein Spionagedienst aufgedeckt, das in englischer Sprache arbeitete. Es handelte sich um eine wohlorganisierte Bande, deren Seele anscheinend der Seemann Gauß war. Er wurde mit mehreren Komplizen, unter denen sich auch ein früherer Schuchmann findet, verhaftet. Kurz nach dieser ersten Verhaftung sollte die ganze Bande die sich in einem Versteckhaus unannehmlich aufhielt, verhaftet werden. Die Polizei fand das Nest leer. Zur selben Zeit war auch der Schuchmann Gauß aus dem Gefängnis verschwunden. Das vergrößerte Oberflächenspieler war ausgebrochen.

Halle und Umgebung.

Salle a. S., 12. Januar.

Ein letztes Wort.

Wähler in Stadt und Land, geht heute allseits zum Wahl! Geht rechtzeitig zur Wahl! Verschiebt das Wahlgeschäft nicht bis in die späten Nachmittagsstunden; ihr erschwert die Wahlarbeit sonst ungemein.

Wähler! Seid euch eure Verantwortung am heutigen Tage voll bewußt. Es geht am heutigen Tage um euer Recht, es geht um die bürgerliche Freiheit, um die endliche Gleichberechtigung des deutschen Bürgers, des Bauern, des Handwerkers, des Kaufmanns, der Beamten, der Angestellten, des Arbeiters. Wählt keinen Helfer der agrarischen, der junkerlichen Vorherrschaft, wählt keinen Förderer der vaterlandsfeindlichen ultramontanen Partei. Wählt auch keinen Sozialdemokraten, diesen Feind der bürgerlichen Gesellschaft, Staatsordnung und Monarchie. Stützt nicht die, die den sozialen Unfrieden bringen, die zum Klassenkampf und Klassenhaß hegen. Selbst nicht denen, die unfähig sind zur praktischen Arbeit, die in Wahrheit Fortschritt und Reformen nicht fördern, sondern hemmen.

Wähler in Halle und dem Saalkreis! Wählt für soziale Gerechtigkeit, für Ausgleich der Interessen, für Fortschritt, für Gemeinwohl! Wählt den Kandidaten der vereinigten Liberalen und Nationalliberalen:

Wählt Konditor Pfautsch!

Wandlung beim Kauf.

Nach § 459 des Bürgerlichen Gesetzbuchs heißt der Verkäufer einer Sache dem Käufer dafür, daß sie zur Zeit des Uebertrages an den Käufer nicht mit Fehlern behaftet ist, und daß sie die zugesicherten Eigenschaften hat. Für zugesicherte Eigenschaften, die Vertragsgegenstand sind, ist der Verkäufer auf jeden Fall verantwortlich. Gelien diese Eigenschaften, so kann der Käufer Wandlung des Kaufpreises verlangen und auch Schadensersatzansprüche geltend machen.

In einem Rechtsstreit, der kürzlich dem Reichsgericht vorgelegen hat, bildete die zugesicherte Eigenschaft des Mittelpunkts des Interesses, daß die zum Verkauf gekommene Bäderlei mit ihren Anlagen vollständig den politischen Vorschriften entspräche. Auf Grund dieser Zusicherung hatte die Klägerin die Bäderlei von dem Beklagten A. in Friedebau bei Berlin gekauft. Später stellte es sich jedoch heraus, daß der Fußboden der Bäderlei gegenüber der politischen Vorschriften tiefer als einen halben Meter unter dem Strabenniveau lag und daß auch die Räume nicht die vorgeschriebene Höhe hatten. Die Klägerin erhielt zwar die Erlaubnis, die Bäderlei noch bis zu Ende des Jahres 1915 zu betreiben, doch wurde ihr vorgebracht, daß die Fenster Rippförmig erhalten müßten, der Fußboden aus feinem Material her-

zustellen sei und auch die Wasserleitungen mit feinem stählendem Wasser einzurichten seien. Die Klägerin begehrte darauf Wandlung und verlangte den Kaufpreis zurück, die Bäderlei gab sie auf. Der Beklagte machte geltend, daß die Klägerin die Bäderlei durch ihre Schuld habe eingesehen lassen, weil sie den Kaufausgang nicht weiter betreiben lassen.

Landgericht und Kammergericht zu Berlin erkannten jedoch auf Verurteilung des Beklagten. Das Kammergericht führte zur Begründung seines Urteils im wesentlichen aus, daß der Beklagte der Klägerin die Zustimmung gegeben habe, daß die zu der Bäderlei gehörigen Räume den politischen Vorschriften entsprechen sollten. In der Tat habe die Bäderlei aber die zugesicherten Eigenschaften nicht gehabt. Darauf, daß die Klägerin die Bäderlei durch ihre eigene Schuld erheblich verschlechtert habe, komme es nicht an, weil eine eventuelle Verschlechterung vor der Klage nicht statgefunden habe. Auch das vom Beklagten noch geltend gemachte, daß die Klägerin Rechnung lege, erkennt das Kammergericht nicht an.

Das Reichsgericht hat das Urteil des Kammergerichts bestätigt und die Revision des Beklagten zurückgewiesen. (Allenspiegel: II. 324/11. — Urteil vom 8. Jan. 1912.)

Drehschneidung.

Herrn Rittmeister der Landwehr a. D. Leo Kretzing hier, bisher von der Landwehrkaserne 1, Aufgasse (Galle), ist der Note Nordosten vierter Klasse verliehen worden.

Zusammengeschlossen. In der Magdeburgerstraße an der Klinitz ist ein Automobil mit einem Papierwagen zusammengeschlossen. Es entstand eine Verletzung von circa zehn Minuten.

Aus dem Leserkreise.

Wäre die Veröffentlichung unter dieser Ueberschrift abgenommen die Redaktion keinerlei Verantwortung für die Richtigkeit auf Grund des § 2 Abs. 2 des Preßgesetzes in vollem Umfang der Einsender übernimmt.

Nächtliche Ruhestörungen.

Die schönen Tage des Weihnachts- und des Neujahrstages sind nun vorbei, und der Alltag ist allmählich wieder in seine Rechte getreten. Was es in der stillsten Zeit manchmal des Nachts auf den Straßen ein wenig zu laut, so haben das die Anwohner mit Rücksicht auf die gehobene Stimmung der Feiertage gern ertragen. Jeder scheint es aber, als ob sich aus jenen Nächten dasjenige unangenehme Ueberbleibsel erhalten wolle: die Störung der Ruhe durch die Eigenheit, welche es sich gern leistet, daß jeder einigermaßen vernünftige Mensch dem Hören Nachts nach des Tages Zeit und Mühe den Schlaf ohne Störung wenigstens in den Stunden von 11 bis 6 Uhr nachts gönnt und sich insafgedessen in seiner Wohnung, vorzüglich aber auf der Straße, ruhig benimmt. Von dieser Selbstverständlichkeit ist aber in der Tat so und den anliegenden den Straßen leider nichts zu bemerken; denn dort werden die Bewohner fast jede Nacht durch sogenannten Gekling mehrere Male aus Morpheus' wohntuenden Armen gerissen und so energisch „geweckt“, daß sie nicht gleich wieder einschlafen.

Früher nahm ich an, daß diese nächtlichen Aufstörungen nur in der Gegend der Bahnhofstraße vorkämen. Jetzt höre ich indessen von Bekannten, daß solche auch in der Gr. Ulrichstraße recht unangenehm empfunden werden. Ferner hat die Welt für die den zweifelsfreien Vorzug einer nachteilig in der Nacht zum Wohnung oft weit ausbreitenden „Reinheit“, Mümmliche und weibliche Wesen partern sie voll Begeisterung durch überlauten Musik, Einzel- oder Chorgeränge sowie mehr oder minder künstlerisches Pfeifen hervor. Wenn nun jemand nach im Eingasse ohne guten Willen nichts täuscht laßt, so weckt er damit noch lange keinen Schläfer aus der wohlverdienten Ruhe; aber jene „öffentlichen Musikanten ohne Gewerbebescheinigung“ müssen baldigt zum Schweigen gebracht werden. Mögen sie selbst von der Güte ihres Gehörges um noch so überzeugt sein — die Anwohner empfinden die nächtlichen Darbietungen mit Recht als Störung, die unerbittlich aufhören muß! M. B.

Provinzialnachrichten.

Das neue Weimarerische Lebebuch.

Weimar, 10. Jan. Nach einer Verfügung des Staatsministeriums soll Oitern 1912 in den Oberklassen der Volksschulen an Stelle des jetzigen „Vaterländischen Lebebuches“ das neue „Weimarerische Lebebuch“ eingeführt werden, nachdem bereits Oitern 1911 der für die Mittelklassen der Volksschulen bestimmte Teil des neuen Lebebuches zur Einführung gebracht worden ist. Nur in den unteren Klassen soll das alte Lebebuch zunächst noch weiter verwendet werden. An dem neuen Lebebuch ist eine ganze Reihe der tüchtigsten Schulmänner mitgearbeitet, so daß Gewähr dafür vorhanden ist, daß es allen modernen Anforderungen entspricht. Mit Recht bemerkt dazu der „Gr. Allg. Anz.“: Zu bemerken ist es, daß nicht für alle bürgerlichen Staaten ein einheitliches Lebebuch geschaffen worden ist. Bei der heutigen Freizügigkeit und der politischen Zerküftung Thüringens wird es manchem Vater bei einem notwendigen Umzuge oft schwer, die nötigen Schulbücher für die schulpflichtigen Kinder zu beschaffen.

Merseburg, 11. Jan. (Eine Liebesstragödie.) Aus Schöndorf wurde ein junges Mädchen in das hiesige Krankenhaus eingeliefert, das eine glücklicherweise nur ungesährliche Schußverletzung erhalten hatte. Der Attentäter löst ihr Gekleber sein, mit dem sie sich gemeinlich in den Jenseits befördern wollte. Dem Gekleber fehlte aber schließlich die Kurage und so blieb es bei dem einen Schuß auf die Braut.

Reichstagswahl.

Durch die Post werden uns eine große Anzahl, ca. 20%, persönlich überliefert Stimmzettel, auf den Namen unseres Kandidaten Pfautsch lautend, als unbestellbar zurückgeschickt. Wir vermuten einen Wahltrieb. Wir machen darauf aufmerksam, daß vor jedem Wahllokale Stimmzettel mit dem Namen unseres Kandidaten zu haben sind.

Der Vorstand des Vereins der Fortschrittlichen Volkspartei.

Witze, 11. Jan. (Vom elektrischen Strom geblüht.) Vor einigen Tagen verunglückte in Siedbrunn am See bei der Belanlage der 18jährige Schloßer Matzgraf aus Donnorf. Beim Oelen der elektrischen Maschine hat er aus Versehen den Leistungsdraht berührt und ist durch den Strom sofort getötet worden.

Bade, 10. Jan. (Zur Hebung des Spatjanns.) Der Vorjahrsverein hat beschlossen, allen Kindern, die hier geboren werden, ein Spatjannschick mit einer Einlage von 1 Mark ausstellen zu lassen und das Buch den Eltern auszuhandeln.

Geiseld (S.M.), 10. Jan. (Schenkung.) Herr Max Michaelis in England, Ehrenbürger unserer Stadt, hat 20 000 Mark für das hiesige Krankenhaus gespendet.

Gerichtsverhandlungen.

Der Wieselwedel als Heiratshindernis.

S. & H. Nürnberg, 8. Jan.

Mit umfangreichen Heiratshindernissen eines Wieselwedels des 1. Bayerschen Pionierbataillons teilte sich das hiesige Obergericht des 3. Bayerschen Armeekorps als Berufungsinstitut zu befassen. Es handelte sich um den Wieselwedel Ludwig Osterreicher, der vom Kommandanturgericht Angolstadt wegen des genannten Vergehens und wegen Verleitung zum Meineide zu insgesamt ein Jahr und einem Monat Zuchthaus, Degradation und Ausweisung aus dem Heere verurteilt worden war. Da sowohl vom Angeklagten wie auch vom Gerichtsherrn Berufung eingelegt worden war, kam die Sache vor das Obergericht.

In der Beweisaufnahme wurde festgestellt, daß der Angeklagte Osterreicher es verstanden hatte, eine ganze Reihe junger Mädchen zu beiraten. Er knüpfte nacheinander sieben Verhältnisse mit Mädchen, Kellnerinnen und anderen Mädchen an, denen er unter der Vorpiegelung, er werde sie bald heiraten, größere und kleinere Geldbeträge entlockte. Die eine seiner Geliebten veranlaßte er sogar, ihre gesamten Wäschestücke zu verkaufen und ihm den Erlös einzubringen. Verhältnismäßig wurde er auch von den Mädchen mit Ehrennennungen unterführt. Er hatte außerdem für drei Kinder Alimente aufzubringen. Dabei brachte er es fertig, eine spätere Geliebte um 40 Mk. anzubringen, angeblich um Alimenter zu beschaffen, während er das Geld in Wirklichkeit für sich verbrauchte. Um die Mädchen vertrauensseliger zu machen, ließe er einen Revers aus, wonach er sich verpflichtete, an sie den Betrag von 1000 Mark zu zahlen, falls eine Ehe nicht zustande käme. Schließlich wurde eines der Mädchen noch mißbraucht und erkrankte aneinge. In der gegen ihn geführten Voruntersuchung veranlaßte er seine letzte Geliebte, zu seinen Gunsten auszusagen, wozu das Kommandanturgericht Verurteilung zum Meineide erließ. Auf Grund der erneuten Beweisaufnahme hat aber der Gerichtsherr dieses Vergehen nicht als erwiesen an und nahm lediglich Heiratshindernis bzw. Betrag als vorliegend an.

Die Strafe wurde auf sechs Monate Gefängnis und Degradation ermäßig. In der Begründung wurde zum Ausdruck gebracht, daß der Verurteilte eine einwandfreie militärische Vergangenheit hinter sich habe und sich auch sonst eines guten Rufes erfreute.

Theater und Musik

Des Rätsels Lösung.

Die Bemühungen Zagoms, allen Theaterbesuchern die Möglichkeit zu geben, auf die Bühne zu leben, haben ein lehrreiches Gegenstück in Konstantinopel gefunden.

Hier handelt es sich freilich weniger um die unsäglichsten Damenbühnen, aber trotzdem scheint man sich hier über eine schlechte Ansicht auf die Bühne zu äußern. Der „Monde artiste“ veröffentlicht einen Aufsatz aus einem Konstantinopeler Theater, der den gedächlichen Ratgeber ebenso einfach wie radikal ist. Das amüsierte Dokument lautet: „Damit alle Besucher, die Annehmlichkeiten der Aufführung voll genießen können, hat die Theaterdirektion bestimmt, daß die Besucher der ersten drei Reihen sich hängen, die Besucher der folgenden drei Reihen knien und alle anderen stehen. Auf diese Weise kann jedermann das Schauspiel genießen.“

Aber auch fälschliche Auslegungen des Mißverständnisses werden am Goldenen Horn geschildert, denn eine weitere Anweisung der Direktion an die Theaterbesucher lautet: „Es ist streng verboten zu lachen, denn es wird eine Tragödie gespielt.“ Ob bei solchen Schildern das Weinen verboten wird, hat der Konstantinopeler Mitarbeiter des „Monde artiste“ nicht verraten.

Neue Opern von Massner.

Zwei neue Werke des bekannten französischen Komponisten André Messager werden im Laufe dieses Jahres ihre Aufführungen erleben. Messager arbeitet gegenwärtig noch an den Partituren der beiden Opern. Die eine von ihnen wird den Titel „Beatrice“ führen und baut sich auf einem Textbuche von de Heras und Calvocoet auf; die andere heißt „Dagobert“, und das Libretto dazu stammt von André Rivière. Die Beatrice soll im März in Nizza aufgeführt werden, während die Oper Dagobert auf der Pariser Komischen Oper zum ersten Male in Szene gehen wird.

Luftschiffahrt.

Der Flieger de Laforce gestorben.

Aus Florenz kommt die Nachricht, daß im Krankenhaus der französischen Flieger de Laforce die Monzon infolge einer Lungenentzündung gestorben ist. Der Pilotier, der erst im Jahre 1885 in Paris geboren war, hatte am 29. April vorigen Jahres sein Pilotenzeugnis erworben und hat eine schöne und erfolgreiche Karriere hinter sich. De Laforce nahm am Fliegen Paris-Madrid, ferner an dem französischen großen Rundflug teil und gewann auf seinem Viermot-Eindecker das Rennen Alicante-Batavia.

Prinz-Heinrich-Preis der Rüste. Prinz Heinrich von Preußen, der Protokoll des diesjährigen Inveritabilitätstages am Oberstein, hat den ersten Ehrenpreis für diesen Wettbewerb gestiftet, der dem Sieger zufließen soll. Der Preis ist als Wandergeldpreis gedacht. Er muß zweimal von demselben Bewerber gewonnen werden, bevor er in dessen unbegrenztem Besitz übergeht. Die Trophäe wird nach eigenen Angaben des Prinzen Heinrich vom Bildhauer Korfmann ausgeführt, der auch i. Jt. die Prinz-Heinrich-Presse herstellte. Das Präsidium über den Inveritabilitätstag am Oberstein haben Geheimrat Hergel, Staatsrat Andrae, Frankfurt a. M. und Eggelsen

Gebe-Freilich im Preiszug übernommen. Ehrenvorsitzender des Arbeitsausschusses ist Prinz Wilhelm von Sachsen-Weimar.

Vermischtes.

Unwetter und Hochwasser.

Aus Paris wird gemeldet: Die Seine steigt noch immer. Die Schifffahrt ist eingestellt, die Uferlässe vollkommen überflutet. In der Rue Gros, Rue au Lou, Rue Jussieu und in der Rue de la Harpe, wo sich bereits Mittelwasser zeigt, sind Pumpen in Tätigkeit. Die Deputierten von Paris trafen zu einer Sitzung zusammen, in der beschlossen wurde, den Arbeitsminister über die Maßnahmen, die gegen die Überflutung von Paris getroffen werden sind, zu interpellieren. Die Maßnahmen aus dem Departements lauten wie vor äußerst pessimistisch. Ueberall steigen die Flüsse und überfluteten die an den Ufern gelegenen Ortschaften.

Von der französischen Küste wird ein Schiffsbruch nach dem anderen berichtet. Bei Cherbourg scheiterte die Carl „Smerie“, beiorient die „Virginie“ und die „Catherine“, auf der Höhe von La Rochelle gingen der „Redempteur“ und die „Gilda Leonie“ mit Mann und Maus zugrunde, ebenso der Totendampfer „Marthe et Yvonne“, der mit seiner Besatzung sank.

Aus Mailand wird gemeldet: Seit zwei Tagen herrschen Sturm und Regen in ganz Italien. Auf dem Comersee wurde ein Boot vom Sturm überflutet und kenterte. Hierbei sind drei Insassen ums Leben gekommen. In Biarno richtete ein Orkan großen Schaden an. Zwei Segelschiffe sind in der Räder der Küste gesunken. In Delicias, unweit Segio de Calabria, sind mehrere Wohnhäuser eingestürzt. Bisher konnten vier Leichen geborgen werden. Der Kapitän des aus Neapel eingetroffenen französischen Dampfers „St. Anne“ berichtet über eine furchtbare Ueberfahrt. Besonders die Durchfahrt durch die Meerenge von Gibraltar gestaltete sich sehr gefährlich. Fünf Matrosen wurden von einer heftigen Sturzwelle über Bord geworfen, und es gelang nur einem von ihnen, sich zu retten. Der Dampfer selbst erlitt nicht unerhebliche Havarien.

In Friedrichshafen stehen die freigelegten Fundamente der Hofenmauer unter Wasser.

Zur Flucht Haillants

wird uns aus Berlin berichtet:

Wohin sich Dr. Haillant gemeldet hat, darüber schwört vorläufig noch Dunkel. So viel ist festgestellt, daß er am Montag abend schon, als er von dem Bahnhauptamt im Grunewald beobachtet worden ist, wie er zuerst mit Pelz und grauer Sportmütze kletterte in den Wald hinein und nach einer Viertelstunde wieder herauskam, sich ein Ticket dritter Klasse für die Ringbahn gekauft hat und auch von Eickstam ausgefahren ist. Unter dem Pelz verborgen hat Dr. Haillant wahrscheinlich den blauen Sedantagsanzug gehabt, den er am Freitag niedergelegt hat, um den Anzeigen zu entgehen, daß er sich entsetzte und nach im Grunewald spazieren ging, während er von Eickstam nach Berlin fuhr und von hier aus die weitere Flucht angetreten hat.

Bis jetzt sind außer von der Gräfin, die einen Verlust von 50 000 Mark beklagt, weitere Strafanzeigen gegen Dr. Haillant bei der Kriminalpolizei noch nicht eingelaufen, was noch nicht beweist, daß er nicht auch die Gelder anderer Leute, deren Vertreter er war, angegriffen hat. Einige Tage vor seiner Flucht hat Dr. Haillant noch ein Depot von 50 000 Mark ausgegeben, aber erst nach großen Schwierigkeiten, so daß sein Klient schon um kein Geld ängstlich war. Es ist festgestellt, daß Dr. Haillant sich in starken finanziellen Kalamitäten befunden hat und daß er kurz vor seiner Flucht noch den Verlust gemacht hat, bei Bekannten eine größere Summe als Darlehen zu erhalten. Er bemühte sich zuerst um 10-15 000 Mark und verlor dann, 6000 Mark auf einen Wechsel zu erhalten. Er bekam es aber nicht, so daß er sich entschließen mußte, schleunigst aus Berlin zu verschwinden.

Es ist in dem Sterbeprotokoll, der hinter Dr. Haillant erhalten ist, hervorgehoben, daß er auf einem Auge blind ist. Es ist von Interesse, daß der Bahnhauptamt, der Dr. Haillant am Montag beobachtete, auslegte, daß der Herr, den er nach einer Viertelstunde ohne Pelz sah, eine große Brille mit runden Gläsern getragen habe. Vermutlich hat Dr. Haillant, der damit rechnen mußte, daß unter den besonderen Umständen im Sterbeprotokoll auch das linke fehlende Auge hervorgehoben werden würde, sich die große Brille angeeignet, um diesen körperlichen Defekt zu verbergen.

Feuersbrand im Danziger Freihaus.

Aus Danzig meldet der Druck: Im Freihausgebiert in Neufahrwasser brannte in der verfallenen Nacht ein etwa 5000 Quadratmeter Grundfläche umfassender großer Lagerkammer der Eisenbahndirektion Danzig vollständig nieder. Er war noch Keller bei untern Dach mit Stützpfeilern aus Art, mit etwa 120 Wagenlabungen Zucker, mit Salzper, Schmalz und einem großen Vorrat englischer landwirtschaftlicher Maschinen versehen, die einer Kette von Import- und Exportfirmen gehören. Die Dampfmaschinen von Danzig, Langfuhr und Brocken und die Strikens zweier Regierungsdampfer geben bis heute früh aus 16 Rohren Wasser, so daß es schließlich gelang, das Feuer auf seinen Herd zu beschränken. Doch konnte nichts vom Inhalt des Speichers gerettet werden. Der Schaden wird amtlich auf über 1-1/2 Millionen Mark geschätzt, kann aber auch höher sein. Ueber die Entstehung des Feuers ist bisher nichts ermittelt.

Sport-Nachrichten

Der Deutsche Bobschlittenverband hat eine Kern- und Fahrordnung fertiggestellt, die die Grundlage für alle deutschen Bobbahnen und Bobrennen bilden soll. Allerdings bleibt den Vereinen freigestellt, noch entsprechende Sonderbestimmungen zu treffen. Die neuen Vorschriften erstrecken sich u. a. auf die Art der konkurrierenden Bobs, Fahrbesatzung und Verhalten während der Fahrt. Verbieten ist die Anbringung von „geteilten Bremsen“ und „Kettenbremsen“.

Leitung Wilhelm Georg.

Verantwortlich für den politischen Teil: Wilhelm Georg. Für den lokalen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht, Handel, Eisenbahn, für den Ausland und Lokale Nachrichten: Karl Weinger; für den Inlandteil: Albert Harth. Druck und Verlag von Otto Hendel. Emilie in Halle a. S.

— Diese Nummer umfaßt 8 Seiten — einschließlich Unterhaltungsblatt.

Letzte Nachrichten.

Die französische Ministerkrise.

H. Paris, 11. Jan. (Privattelegramm.) Nach dem Zusammentritt des Senats dankte der zum Präsidenten gewählte Herr Brisson für die Wiederwahl. Dann vertagte sich die Kammer wegen der Abwesenheit der Regierungsglieder für nächsten Dienstag.

Paris, 11. Jan. Das Gericht von der Kandidatur Messimy's geneigte, um Clemenceau zu einer scharfen Gegenagitation zu veranlassen. Der Erfolg ist zweifelhaft.

Madrid, 11. Jan. Die Krisis des französischen Gesamtkabinetts erweckt hier die Hoffnung, daß sie eine Besserung der spanischen Position bringen werde. Mit der bisherigen Regierung seien die Marokko-Verhandlungen endgültig ins Stocken geraten. Ein neues Kabinett werde ein Einvernehmen anbahnen.

Das Siemens-Schuckert Luftschiff.

H. Berlin, 11. Jan. (Privattelegramm.) Das Siemens-Schuckert-Luftschiff flog heute um 12.10 zu einer Fahrt auf, an der u. a. Major Spertling teilnahm. Das Luftschiff erreichte in glatter Fahrt Frankfurt a. O., wo es um 2 Uhr gelandet wurde. Der Führer war Hauptmann von Rogler. Um 3 Uhr befand sich das Luftschiff nach glatter Landung in der Halle.

Ministerwechsel am Bosphorus?

H.T.B. Berlin, 11. Jan. (Privattelegramm.) Gerüchte wollen nicht verstimmen, die besagen, daß der gegenwärtige türkische Minister des Aussen Affairs Bektin sein Amt niederlegen würde und den Botschafterposten in Petersburg antreten werde. Als Nachfolger nennt man Ahmed Zija-Bei, den derzeitigen Konstantinopeler Kammerpräsidenten.

Die Arbeiterkämpfe in England und Belgien.

London, 11. Jan. Alle Bemühungen, zwischen den Bergarbeitern und den Gesellschaften ein Kompromiß zustande zu bringen, dürften als gescheitert angesehen werden. Die Arbeiter sind fest entschlossen, in den Ausbaur zu treten, falls keine Bewilligung ihrer Forderungen eintreten sollte. Die Abstimmung ist nur formale. In Glasgow hat sich die Lage verschlimmert. Nächsten Montag soll das Resultat der Abstimmung proklamiert werden. In der Industrie sowie in der Domestik ist man eifrig bestrebt, große Rohvorräte zu sammeln, um bei einem Streik vorzuzugreifen. Es ist schon jetzt ein Steigen der Kohlenpreise eingetreten.

Brüssel, 11. Jan. Auf Veranlassung der streikenden Kohlenarbeiter im Gebiet von Mons wird eine Einigungs-Kommission von fünf Personen, der unter anderem der Kammerpräsident angehört, eingesetzt worden, um die Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu schlichten. Die Lage der Industrie hängt nämlich nachgerade an, sehr mäßig zu werden, da in vielen Betrieben der Kohlenvorrat knapp geworden ist.

Die Kassen in Persien.

* Petersburg, 11. Jan. Nach Meldungen aus Batou sind 2 Schützenregimenter und eine Gebirgsbatterie von Reich nach Eski unter dem Kommando des Generals Genice abgegangen, um den Eski nach Teheran zu führen. Die Geldforderungen Rußlands an Persien betragen jetzt 200 Millionen Rubel. Bis zur Expedition bleibt das jetzt 11 000 Mann starke russische Besatzungskorps in Persien.

Vermischte Drahtnachrichten.

Paris, 11. Jan. Das hiesige Schwurgericht verurteilte den durch die Pariser Sittenkassabankassiere kompromittierten Herrn Blanckon zu einem Jahr Gefängnis und einer Geldbuße von 3000 Fr. Seine Freundin wurde zu Gefängnis und einer Geldbuße verurteilt. Bei mehreren anderen Angeklagten erkannte der Gerichtshof auf Gefängnis von 6 Monaten bis zu 3 Jahren.

Witterungs-Aussichten.

Wetterkarte des öffentlichen Wetterdienstes.

Dienststelle Zimena u. Donnerstag, 11. Jan. 8 Uhr morg.

Luftdruckverteilung und Wetterlage in Europa. Der hohe Druck bildet einen Kern über Mitteleuropa, auf welchen das kontinentale Hochgebiet sich ausdehnt hat. Das bei Island befindliche Tief zieht nordwärts weiter, und der kontinentale Hochdruck bleibt bei uns in Herrschaft.

Witterungsaussicht für den 12. Januar: Schwacher Wind, am Tage heiter, früh neblig, trocken, Frost.

Wetterwarte zu Hamburg.

(Auf Grund der Depeschen des Reichs-Wetter-Dienstes)

(Nachdruck verboten.)

13. Januar: Bewölkt, froh, mild, Bräunliche Schneeflocken.

14. Januar: Bewölkt, mäßig froh, Schneeflocken.

15. Januar: Wenig trüb, mäßig, Schneeflocken.

16. Januar: Wenig trüb, mäßig, Schneeflocken.

17. Januar: Wenig trüb, mäßig, Schneeflocken.

Schleier L. 11. Jan. Donnerstag früh 17 Grad Räte Celsius. Herrlicher Sonnenschein, entzückende Winterlandschaft, jeder Winterport vorzüglich.

Main table containing stock market data with columns for company names, prices, and other financial metrics. Includes sections for 'Aktien', 'Banknoten', and 'Währungen'.